

Ein Jahr voller Erwartungen

Horst Parton
Vorsitzender der ISOR e.V.

Der Jahreswechsel ging mit einem Regierungswechsel einher. Obwohl sich die Regierungsparteien auf eine erdrückende Mehrheit im Bundestag stützen und in der Lage wären, die Lösung großer gesellschaftlicher Probleme in Angriff zu nehmen, ist wohl eher eine Koalition des Stillstandes programmiert.

Die angekündigten bescheidenen Verbesserungen im sozialen Bereich sind keine Geschenke der Regierung. Sie werden schließlich weitgehend von den Beitragszahlern finanziert. Wie die allgemein verbindliche und umfassende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes wird vieles nur „geprüft“ und bis an das Ende der Wahlperiode hinausgeschoben.

Die vollständige Angleichung der Rentenwerte Ost an West soll zum Ende des Solidarpaktes, also 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands, erfolgen. Zum 1. Juli 2016 soll geprüft und entschieden werden, ob 2017 eine Teilangleichung notwendig ist. Das ist also von einem Versprechen übriggeblieben, das bereits in der letzten Wahlperiode eingelöst werden sollte. Die Vorsitzenden der GRH, GBM und ISOR stimmen überein, dass der gesellschaftliche Druck erhöht werden muss, um verbindliche und baldige Festlegungen durchzusetzen.

In demagogischer Weise wird bereits jetzt unterstellt, dass Verbesserungen für Rentner zu Lasten der jüngeren Generation gingen oder eine „rückwärtsgewandte“ Politik seien. Die eigentlichen Probleme, so die weitere Absenkung des Rentenniveaus im Verhältnis zum Lohnniveau oder die erforderliche Einführung einer Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen, werden unter den Teppich gekehrt.

Zunächst sind es Absichtserklärungen: die abschlagsfreie Rente, die leichte Erhöhung der Erwerbsminderungsrente oder die Rente für Mütter, die vor 1992 Kinder geboren haben. Das alles bleibt abzuwarten.

Umso wichtiger ist unser solidarischer Zusammenhalt, der es uns ermöglicht, einheitlich und geschlossen aufzutreten und uns in geeigneter Weise Gehör zu verschaffen, wenn wieder einmal Ankündigungen zurückgenommen oder verwässert werden sollen.

Einstellen müssen wir uns auf jeden Fall, dass auch weiterhin die Geschichte der „SED-Diktatur“ nicht „bagatellisiert“ oder gar „verklärt“ wird und die Jahn-Behörde ein Vorbild für Europa und die Welt sein soll. Ein Schwerpunkt bleibt die Hetze gegen die ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane. Sicher ist, dass sich dabei die geschichtsfälschende Darstellung der Grenzöffnung 1989 und des Beitritts der DDR zur BRD verstärken wird. Es ist ganz und gar nicht zu erwarten, dass das besonnene Verhalten der an der Grenze eingesetzten Kräfte etwa gewürdigt wird, weil es in einem konkreten historischen Moment den Frieden nicht nur in Deutschland sicherte.

Herr Jahn hat kürzlich in einem Interview seine Form der „Versöhnung“ propagiert, die darin bestehen soll, dass die „Täter“ sich zu ihrem „Unrecht“ bekennen. Danach könnten dann die „Opfer“ entscheiden, ob sie ihnen „vergeben“.

Nelson Mandelas Haltung, die selbst noch in seinem Tod von seinen vormaligen Feinden weltweit wegen seiner Verdienste um die Versöhnung in einem von Bürgerkrieg und Rassentrennung gespaltenen Land hoch gewürdigt wurde, sollte Anlass sein, über den Kleingeist deutscher Erinnerungspolitik und Umgangskultur mit ehemals staatsnahen DDR-Bürgern (was immer man auch darunter verstehen mag) nachzudenken. Ausgleich und Versöhnung außerhalb geschichtlicher Wahrheit und ohne Respekt füreinander, das lehrt das Beispiel Südafrika, ist undenkbar. Ausgrenzung, Diffamierung und Diskriminierung stehen dem unüberwindlich entgegen.

Es ist einfach anmaßend und arrogant, wenn sich Vertreter eines Systems als Hüter von Menschenrechten aufspielen, zu dessen Charakterisierung Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“ vom 24. November 2013 u.a. ausführte: „... heute spielt sich alles ... nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo der Mächtigere den Schwächeren zunichte macht ... der Mensch an sich wird als Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann ... es entsteht eine neue, unsichtbare, manchmal virtuelle Tyrannei, die unerbittlich ihre

Gesetze und Regeln aufzwingt ... die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen ... in diesem System, das dazu neigt, alles aufzusaugen, um den Nutzen zu steigern, ist alles Schwache wie die Umwelt wehrlos gegenüber den Interessen des vergötterten Marktes, die zur absoluten Regel werden...“ Wo der Papst recht hat, hat er recht.

Unsere 6. Vertreterversammlung hat realistisch eingeschätzt, dass mit den Bundestagswahlen 2013 kein Politikwechsel eingetreten ist. Bei der Verfolgung unserer Interessen oder auch beim Umgang mit uns haben wir von der Regierung nichts zu erwarten. Doch ist das kein Grund zu resignieren.

Wir vertrauen weiter darauf, dass das Bundesverfassungsgericht unsere fünf überzeugend begründeten Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG und eine zum § 6 Abs. 2 AAÜG behandeln wird. Noch ist kein Termin bekannt, aber im Mai beginnt das dritte Jahr des Wartens und auch der längste Tisch hat einmal ein Ende.

Auch beim Thema der Anerkennung von Zulagen und Zuschlägen als rentenwirksame Leistungen zeichnet sich eine klärende Entscheidung des Bundessozialgerichtes ab. Wir können die Verfahren der Gerichte nicht beschleunigen und müssen uns weiter in Geduld üben. Aber wir schauen auf diese Entscheidungen auch nicht gebannt wie das Kaninchen auf die Schlange.

In der Gesellschaft, in der wir heute leben, haben wir zur Verteidigung unserer Interessen nur eine einzige Waffe: unseren Zusammenhalt und unsere Solidarität. Das gilt auch für mögliche Niederlagen, – und dann erst recht.

So lange wir dazu in der Lage sind, werden wir uns im Kampf gegen Unrecht, Diskriminierungen und Ausgrenzungen gegenseitig unterstützen und helfen. Selbst auf juristischem Gebiet bleibt uns die Anrufung internationaler Gremien, speziell der UNO. Auf politischem Gebiet sind keineswegs alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um im Bündnis mit anderen politischen Kräften soziale Verbesserungen für die Menschen zu erreichen.

Die Botschaft unserer Vertreterversammlung lautet: Wir werden nicht eher Ruhe geben, bis auch Rentenungerechtigkeit gegenüber den anspruchsberechtigten Eisenbahnern, Postlern, dem mittleren medizinischen Personal, den Blinden und Sehgeschwachen beseitigt sind, die Angleichung des Rentenwertes Ost an West erfolgt, die Benachteiligung der Mütter in Deutschland, die Kinder vor 1992 geboren haben, aufgehoben, die sofortige Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes gesichert und die Einführung einer Bürgerversicherung gewährleistet ist.

Die strafrechtsähnlichen Bestimmungen der §§ 6 (2) und 7 AAÜG müssen aufgehoben werden, das heißt, den Betroffenen ist eine Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze zu gewähren.

Für uns ist klar: Über die Wirksamkeit unseres Kampfes für soziale Gerechtigkeit entscheidet einzig unsere geschlossene Haltung und Solidarität. Wer heute diese aktive Solidarität verweigert, verspielt den politisch und sozial erhofften Beistand, wenn er morgen selbst betroffen ist.

Unsere Initiativgemeinschaft lebt vom Engagement vieler Mitglieder und Funktionäre. Einschränkungen aufgrund von Alter und Krankheiten erfordern immer wieder die Konzentration auf das jeweils Wichtigste. Die Jüngeren unter uns, das sind ein Viertel unserer Mitglieder, bitten wir, sich noch stärker einzubringen.

Arbeiten wir gemeinsam daran, dass auch das Jahr 2014 zu einem erfolgreichen Jahr im Kampf für soziale Gerechtigkeit wird und sich unsere Erwartungen erfüllen!

Aus der Arbeit des Vorstandes

Horst Parton und Horst Bischoff berichteten über eine Beratung mit den Vorsitzenden der GBM und der GRH, am 11.12.2013. U. a. wurde beschlossen, anlässlich des 100. bzw. 75. Jahrestages des Beginns des I. und II. Weltkrieges und des 25. Jahrestages der Öffnung der Grenzübergangsstellen der DDR im Jahr 2014 unter Federführung der GBM eine Veranstaltung zu organisieren, mit der die friedenserhaltende Rolle der bewaffneten Organe der DDR und ihr besonnenes Handeln in der Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR dargestellt werden sollen.

Gemeinsam wird eine Sammelpetition der GBM zur Beschleunigung der Rentenanpassung Ost an West vorbereitet, die im Januar/Februar 2014 in die Wege geleitet werden soll.

Rolf Scheffel berichtete über die Wahlversammlung des ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden. Er wird ISOR künftig als Vizepräsident im OKV repräsentieren.

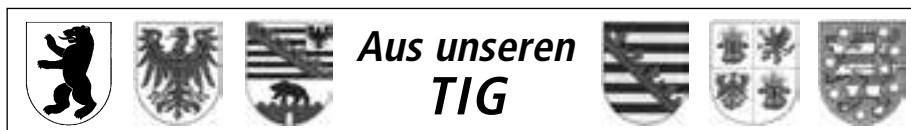
Neben der traditionellen Protestveranstaltung zum Tag der Einheit wird das OKV auch zu den Jahrestagen des Beginns der Weltkriege Aktivitäten entwickeln.

Der Vorstand bestätigte die Erfüllung des Halbjahresplanes für das II. Halbjahr 2013 und beschloss nach Diskussion und Beratung die Aufgaben für das I. Halbjahr 2014.

Peter Speck berichtete, dass in der jetzt endenden Spendenaktion für vom Hochwasser geschädigte ISOR-Mitglieder bisher 41.000,- Euro eingegangen sind. Im Januar/Februar 2014 wird die unter seiner Leitung gebildete Hochwasserkommission anhand der eingegan-

genen Anträge unter Berücksichtigung der Bedürftigkeit in Konsultation mit den jeweiligen TIG über die Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel entscheiden.

Der Vorstand dankt allen Mitgliedern, den TIG und Freunden aus den verbündeten Vereinen und Verbänden für die Glückwünsche zur Wahl und die dabei bekundeten herzlichen Worte für Gesundheit, Schaffenskraft und Erfolge im Kampf für soziale Gerechtigkeit.



Am 28. November trafen wir uns in der TIG Neubrandenburg zur Jahresabschlussversammlung. Wie immer fand sie in ungezwungener, lockerer Atmosphäre statt, insbesondere da wir nette Gäste begrüßten. Der stellvertretende Vereinsvorsitzende Prof. Dr. Bischoff gab einen Überblick über das bis hierher Erreichte und einen Ausblick auf die künftige Vereinsarbeit unter welchen Vorzeichen auch immer und betonte, dass ISOR allein von der Mitgliederanzahl eine politische Kraft sei, die man nicht unterschätzen sollte. Aber die Zahl allein tut es nicht. Die Aktivität der Vereinsmitglieder ist der entscheidende Punkt und da braucht die Neubrandenburger TIG im Verband mit den Bündnispartnern ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Der neue ISOR-Landesbeauftragte für M-V, der ehemalige Generalmajor der NVA, Manfred Jonischkies stellte sich vor. Er verwies darauf, dass noch viele ehemalige Angehörige der NVA, Volkspolizei und des Zolls solidarisch an der Seite der einstigen Tschekisten im Kampf um Rentengerechtigkeit stehen und gemeinsam für die Abschaffung der Straffrente eintreten. Unser Freund Franz Pieschel rief in seinem Diskussionsbeitrag zu einer offensiveren und breiteren Abwehr der Lügen und Verleumdungen über die DDR und ihre staatlichen Organe durch Politiker und ihnenhörige Medien auf. Wir müssen verstärkt die Wahrheit gegen die Märchen verbreiten, so wie unser Freund Karl-Wilhelm Wolff mit seinem Buch über seinen Lebensweg im MfS. Aus meiner Sicht ist das nur zu unterstreichen. Während die DDR als Unrechtsstaat diffamiert, Freiheit und Demokratie auf der Welt beschworen wird, traut sich keiner dieser Heuchler in den großen etablierten Parteien, die USA für ihre Verbrechen zu kritisieren (Vietnamkrieg, Chile, Grenada, Panama, Irak, Afghanistan, Guantanamo), um nur an einige zu erinnern. Im Gegenteil, Frau Merkel ergriff nicht nur die blutbeschnittenen Hände des Lügenbarons Bush, sie beschwor auch ihrer beider Vertrautheit. (Schande dem,

Ehrendes Gedenken an Friedrich Dickel

Am 9. Dezember 2013 legten Angehörige des ehemaligen Ministeriums des Innern der DDR am Grabe von Armeegeneral a.D. Friedrich Dickel in Berlin-Grünau ein Blumengebinde nieder.

Sie gedachten damit des 100. Geburtstages des Innenministers der DDR und Chefs der Deutschen Volkspolizei.

Friedrich Dickel war 26 Jahre in dieser Funktion tätig und für die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit in der DDR zuständig. Er hat diese Aufgabe in Ehren erfüllt.

der Arges dabei denkt?) Symptomatisch für die Politik der Scheinheiligen ist jetzt auch ihre Haltung gegenüber den völkerrechtverletzenden Machenschaften der USA via Internet. Wir sollten Gregor Gysis Vorschlag, Snowden für den Friedensnobelpreis zu empfehlen, massiv unterstützen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises 1935 an den todesmutigen Humanisten Carl von Ossietzky im KZ Esterwegen war die schwerste Niederlage Hitlers in dieser Zeit. Vielleicht hat eine Snowden-Kampagne eine ähnliche Wirkung. Es geht, denke ich, nicht nur um den Kampf gegen Rentenstrafrecht und Rentenunrecht. Streiten gegen Sozialabbau, gegen Kriegseinsätze, gegen soziale Ungerechtigkeit, gegen Bildungsunwesen, für geschichtliche Wahrheit und Gerechtigkeit.

Gerhard Kurzke

Die TIG Strausberg erlebte einen Nachmittag mit zwei Staatsratvorsitzenden:

Einer langen Tradition in Strausberg folgend, luden ISOR, der Verein „Rotfuchs“, der Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen und die DKP zu einer Veranstaltung mit Egon Krenz zum Thema „Walter Ulbricht und die DDR“ ein. Anlass war der 120. Geburts- und 40. Todestag des ersten Staatsratvorsitzenden der DDR und die Herausgabe des Buches über sein Leben und Wirken. Vorweg sei gesagt, dass sowohl Egon Krenz, als auch Johannes Kemmnitz, Admiral a.D. Hoffmann und Generaloberst a.D. Streletz in einem überfüllten Saal, dem größten Versammlungsraum in Strausberg, herzlich empfangen wurden. Neben den Mitgliedern der einladenden Institutionen waren Genossen der Partei DIE LINKE, Interessierte aus den Landkreisen Barnim, Oder/Spree, sowie aus Berlin gekommen.

Der Vorsitzende unserer TIG dankte Genossen Krenz für die Herausgabe des Buches und schätzte ein, dass es eine kritische Hommage an Walter Ulbricht darstelle, vor allem ein Zeitdokument über die Entwicklung im

Nachkriegsdeutschland, die Gründung und Entwicklung der DDR sei und die meisten Anwesenden sich und ihren Lebensweg dort wiederfinden. Die Entwicklung des jungen antifaschistischen Deutschland, seine Erfolge aber auch seine Niederlagen und der schmerzliche Untergang der DDR werfen nach wie vor Fragen auf, für die es nur schwer oder bisher keine Antworten gibt. Daraus ergibt sich die Frage, was kann ein solches Buch bewirken und was hat den Herausgeber dazu veranlasst?

In seinen Ausführungen erläuterte der Gast, dass die Massenmedien zwar variierend, aber doch im Grundtenor einheitlich behaupten, dass das Buch mental eine Mauer zwischen Ost und West errichte und der Kalte Krieg wieder ausgebrochen sei.

Er wies eindeutig nach, dass der Kalte Krieg nie beendet wurde, sondern es im Gegensatz zu Gorbatschows Verkündung von 1989 sogar viele Heiße Kriege gegeben habe.

Weltweit geht die Auseinandersetzung um die Deutungshoheit der Geschichte. In diesem Kampf glaubt die BRD, nicht darauf verzichten zu können, die Geschichte der DDR als einen Kriminalfall darzustellen. Täglich werden durch die Politik und über die Massenmedien Lügen, Halbwahrheiten und Verunglimpfungen verbreitet, wird die Entwicklung der DDR mit dem Faschismus gleichgesetzt.

Es kommt jedoch auf die Versachlichung der Geschichtsbeurteilung an. Es müssen die realen Möglichkeiten, die Fehler und Irrtümer in ihren wechselseitigen weltweiten Wirkungen dargestellt werden. Walter Ulbrichts Leben verlief in einem bedeutenden Abschnitt der deutschen und der Weltgeschichte, die ihn geprägt und an der er mitgewirkt hat. Seine Entwicklung vom Tischlergesellen zum Staatsratsvorsitzenden vollzog sich in einem ständigen Lernprozess. Er war ein Mann mit vielen Ecken und Kanten und über ihn spalten sich die Auffassungen. Für die einen war er eine Unperson, für andere ein Patriot.

Die unterschiedlichen Sichtweisen auf Ulbricht verdeutlichen, dass es sich um eine markante Person des 20. Jahrhunderts handelte, um die man nicht herumkommt.

Gerade weil das Jahr 2013, aber auch das kommende eine Reihe von bedeutenden Jahrestagen hat, die genutzt wurden und werden, um die Diffamierung der Friedenspolitik der DDR weiter zu forcieren, soll dieses Buch zur Richtigstellung beitragen. Und es geht darum, deutlich zu machen, dass Lebensläufe im 20. Jahrhundert sehr unterschiedlich verliefen und in den Kontext der gesellschaftlichen Entwicklung gestellt werden müssen. Es wird höchste Zeit, Zeitzeugen zu Wort kommen zu lassen, die aus unterschiedlichster Betrachtungsweise dazu kompetente Aussagen tref-

fen können. Von den 70 Autoren sind seit Erscheinen des Buches bereits acht verstorben.

Es ist schwer, bei der Fülle der Argumente und Beweise, die dieses Essay über unsere jüngste Geschichte enthält, eine kurze Zusammenfassung zu geben.

Fest steht, und diese Auffassung teilten alle Teilnehmer, dass es sich bei der Veröffentlichung um ein Geschichtsbuch handelt, das besonders für die nachfolgenden Generationen wichtig zur Beurteilung des Entwicklungsabschnittes unseres Landes ist, an dem wir mitgewirkt haben.

H.J.Friedrich

*

Unsere **TIG Suhl/Meiningen/Ilmenau** führte am 23.11.13 eine Mitgliederversammlung durch, in deren Mittelpunkt die Auswertung der Vertreterversammlung der ISOR und deren Ergebnisse stand.

In Anwesenheit von über 100 Teilnehmern begrüßte der Vorsitzende der TIG Prof. Dr. Horst Bischoff. Er gratulierte ihm zur Wiederwahl als stellv. Vorsitzenden von ISOR und hob hervor, dass es für die Außenstellung der ISOR ein Glück ist, dass der Vorsitzende Horst Parton als ehemaliger Angehöriger der DVP und Horst Bischoff als Angehöriger der Zollverwaltung der DDR an der Spitze unserer Gemeinschaft stehen. Er begrüßte auch Dr. Hans Arway, den Vorsitzenden der Koordinierungsgruppe der Suhler Vereine und Verbände, zu der unsere TIG seit Gründung dieser Gemeinschaft von 13 Vereinen und Verbänden angehört und Mitglieder von den Nachbar – TIG aus Sonneberg und Hildburghausen und deren Vorsitzende Manfred Pohl und Bernd Cudock sowie den Sprecher der TAG Suhl der GRH, unseren Freund Harry Beutner.

Die eingeladenen territorialen Politiker der Partei DIE LINKE waren auf Grund innerparteilicher Termine verhindert.

Zur Eröffnung gedachten die Versammelten der im Jahr 2013 verstorbenen Mitglieder.

Ein Teil von ihnen hat ISOR mitgegründet und sich jahrelang aktiv am Kampf gegen das Rentenstrafrecht beteiligt. Sie können dessen endgültige Beseitigung nicht mehr erleben. Ihr Vermächtnis ist uns Verpflichtung, diesen Kampf fortzusetzen.

Im Mittelpunkt der einführenden Worte des Vorsitzenden der TIG stand die Situation und die Entwicklung der TIG im Jahre 2013 mit ca. 400 Mitgliedern. Er betonte die besondere Verantwortung des Vorstandes und der 30 Betreuer/Kassierer für die Existenz der ISOR, die termingerechte vollständige Kassierung der Beiträge, die Zustellung von **ISOR aktuell**, die Betreuung vor allem der älteren und kranken Mitglieder

sowie der Beratung von Mitgliedern bei Eintritt in das Rentenalter.

Die aktive Mitwirkung von ISOR-Mitgliedern in anderen Vereinen und Verbänden ist ein Beweis dafür, dass wir uns nicht ausgrenzen sondern gesellschaftlich engagieren. Dazu gehört die Solidarität mit den vom Hochwasser betroffenen ISOR-Mitglieder. Bisher spendeten wir 2300 Euro.

Er dankte dem Vorstand von ISOR sowie der Redaktion **ISOR aktuell** für die Unterstützung der TIG.

Prof. Dr. Horst Bischoff hat die anwesenden Mitglieder sehr informativ und aktuell über die politischen und juristischen Aspekte unseres Kampfes sowohl um Rentengerechtigkeit als auch gegen das Rentenstrafrecht informiert. Schwerpunkte seiner Ausführungen, die mit Aufmerksamkeit und Interesse verfolgt wurden, waren:

- Die politischen Konsequenzen nach den Bundestagswahlen mit dem Ergebnis, dass die Partei DIE LINKEN trotz Stimmenverluste als Oppositionsführerin im Bundestag die einzige politische Kraft ist, die für die Rentengerechtigkeit im Osten konsequent eintritt und deshalb trotz mancher Meinungsverschiedenheit unsere Unterstützung erhält.
- Das juristische Vorgehen gegen das Rentenstrafrecht vor dem Bundesverfassungsgericht.

Die gemeinsamen Klagen der Rechtsanwältin Bleiberg und Dr. Helmers werden unterstützt durch die beiden wissenschaftlichen Gutachten, die neue rechtserhebliche Tatsachen begründen und vom BVerfG nicht einfach vom Tisch zu wischen sind.

Der Redner hob hervor, dass bei positivem Ausgang vor dem BVerfG weitere politische Aktivitäten notwendig sind, um eine zügige Gesetzesrealisierung, auch im Interesse des Alters vieler Betroffener zu erreichen. Zurückgegriffen wird dann auch auf das noch nicht entschiedene Petitionsverfahren.

Er orientierte auf noch zu überlegende Konsequenzen für die Zukunft von ISOR, die entscheidend von einer Mitgliederbefragung bestimmt werden sollen.

Hervorgehoben wurde von Horst Bischoff die Notwendigkeit, sich in Zusammenarbeit mit anderen Vereinen und Verbänden mit den Verleumdungen zur Geschichte der DDR, ihrer bewaffneten Organe und vor allem dem MfS auseinander zu setzen.

Mit viel Beifall und Dankesworten wurde die volle Zustimmung zu den umfangreichen Ausführungen von Horst Bischoff zum Ausdruck gebracht.

In der anschließenden Diskussion versicherte der Vorsitzende der Koordinierungsgruppe der Suhler Vereine und Ver-

bände die volle Solidarität und würdigte die aktive Rolle von ISOR in dieser Gemeinschaft. Kassierer/Betreuer und Mitglieder berichteten über ihre Erfahrungen bei der Betreuung unserer Mitglieder, der Notwendigkeit des persönlichen Kontaktes und bei der Auseinandersetzung mit Verleumdungen der DDR.

Der Vorstand hat im Ergebnis der Diskussion vor allem die Schlussfolgerung gezogen, den Erfahrungsaustausch des Vorstandes mit den Kassierern/Betreuern intensiver fortzusetzen, die Kommunikation zwischen den Mitgliedern, den Kassierern/Betreuern und dem Vorstand weiter zu verbessern, um jedem Mitglied bei Notwendigkeit zur Seite stehen zu können.

Nach der Versammlung äußerten sich die Anwesenden: „Es war ein voller Erfolg und gibt Mut für den weiteren Kampf“.

**Vorstand der TIG Suhl,
Meiningen und Ilmenau**

*

Die **TIG Berlin-Hohenschönhausen** zog am 27. 11.2013 im Vorstand sowie in der Beratung mit allen Funktionären ihre Jahresbilanz und wertete unsere Vertreterversammlung aus.

Besonders bei der Gewinnung neuer Mitglieder und der Verhinderung von Austritten haben wir seit Jahren gute Ergebnisse zu verzeichnen.

Wir haben in unserer TIG seit dem Jahre 2004 bis heute 35 Prozent mehr Neuaufnahmen als Austritte. Für den Zeitraum von 2009 bis heute sind es 21 Prozent. Zurzeit haben wir bei 1043 Mitgliedern acht Austritte aber auch acht Neuaufnahmen. Darüber hinaus konnten in diesem Jahr acht Austritte bzw. unbekannt Verzogene durch persönlichen Einfluss wieder eingegliedert werden. In den letzten 3 Jahren waren es 25 Mitglieder.

Wir möchten dem Vorstand der ISOR auf diesem Wege versichern, dass wir auch weiterhin gemeinsam mit unseren Funktionären und Mitgliedern aktiv zur Durchsetzung der Beschlüsse unserer Vertreterversammlung sowie der Festlegungen und Beschlüsse des Vorstandes beitragen werden. Wir hoffen auf einen baldigen Erfolg beim Bundesverfassungsgericht im Jahre 2014.

Klaus Schlegel

*

Am 14. November wertete die **TIG Stralsund** die Vertreterversammlung aus und informierte über die Ergebnisse. Im Mittelpunkt standen die weiteren Aufgaben, die vor uns stehen und die Rolle, die ISOR zukünftig gemeinsam mit anderen Verbänden spielen wird. Hervorgehoben wurde besonders die sachliche Atmosphä-

re und konstruktive Diskussion während des gesamten Verlaufs der Konferenz. Ausführlich wurde über die Entschleunigungsschwerpunkte und die breitere Ausrichtung unserer Arbeit gesprochen. Unsere Mitglieder unterstützen die Ergebnisse der Konferenz.

Besondere Beachtung fand die große Unterstützung, die Wolfgang Schmidt durch alle TIG erfahren hat. Unsere Mitglieder erklären sich mit ihm solidarisch und wünschen ihm Erfolg in seinem Kampf gegen die politische Justiz.

Dieter Stefanowski

Aus der Postmappe

Seit dem Bestehen unserer ISOR habe ich bis auf einer als Delegierter an allen Vertreterversammlungen teilgenommen. Ich empfand sie immer als einen Höhepunkt politischer und sozialer Bekenntnisse im Kampf um Gerechtigkeit und Menschenwürde im Sinne des Grundgesetzes dieser Bundesrepublik Deutschland. Alle diese Versammlungen hatten organisatorisch und inhaltlich ein hohes Niveau. Doch die jüngste hatte noch mehr Brisanz in der Beurteilung der Lage, in der Aussage über den Stand der Entwicklung unseres Vereins, in der Darstellung der Aufgabenerfüllungen und Zielstellungen. Die Gesamtwertungen und die beschlossenen Dokumentationen bieten ein stabilisiertes Fundament für das solidarische Handeln zur Einforderung der sozialen Gerechtigkeit unter den gesellschaftlichen und strukturellen Bedingungen der Gegenwart. Die Begegnung mit den Gästen und den Delegierten waren von Solidarität, Kreativität und selbstbewusstem Bekenntnis geprägt. Der Vortrag unseres Vorsitzenden war eine Analyse unserer Arbeit mit der Aussage:

Wir haben viel erreicht, aber es ist noch nicht das Erreichbare. Damit ist gesagt, dass gegen das bestehende Rentenunrecht weitergehende Anstrengungen erforderlich sind. Wir erleben dabei den bewährten Rechtsbeistand unserer Anwälte, die sich jederzeit für ihre Mandanten und unseren Verein eingesetzt haben.

Der nächsten Vierjahresetappe sehen wir auf der Basis des Gutachtens von Prof. Dr. Dr. Merten im weiteren Zusammenwirken mit befreundeten Vereinen und Verbänden im OKV mit berechtigtem Optimismus entgegen. Die Stärke unseres Handelns liegt in der solidarischen Haltung.

Herzerfrischend war die Ehrlichkeit und

Wahrhaftigkeit im persönlichen und gemeinschaftlichem Umgang, die für einen gesunden Optimismus von großer Bedeutung sind. Unbestritten ist sicher: wir sind alle älter und viele auch kränker geworden, also „in die Jahre“ gekommen. Das ist unumgänglich zu akzeptieren. Aber auch der aufbauende Zuspruch von Mut und Zuversichtlichkeit ist gut. Unser Bestreben sollte sein, der gegen ISOR gerichteten Häme, Verleumdungen und Hetze in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken.

Wir haben 1989 die Waffen ruhen lassen und das war auch gut so. Aber: Sollte die widerrechtlich Kürzung unserer Renten die Quittung für unser, den Willen der Menschen folgendes Verhalten sein? Meines Wissens sind das Zwangsenteignungen, die es seit Einführung des Rentensystems 1889 in Deutschland nur in der nazistischen Diktatur gegeben hat. Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass in einer Demokratie, in einem Rechtsstaat, eine analoge Verfahrensweise staatlicherseits möglich sein kann.

Dafür, dass wir in unserer aktiven Dienstzeit für Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt, Menschenwürde und Gerechtigkeit eingetreten sind, ja und auch unseren Eid dafür geleistet haben, werden wir nach der Einverleibung der DDR mit den uns allzu bekannten Gesetzen diskriminiert. Das ist praktiziertes Unrecht.

Der ehemalige SPD- Bundestagsabgeordnete Rudolf Dreßler erklärte auf der 15. Bundestagsitzung bereits am 26. Januar 1995: „... in jedem zivilisiertem Land gilt die strikte Trennung von Strafrecht und Rentenrecht.“ Obwohl diese bemerkenswerte Aussage bereits 18 Jahre zurückliegt, hat das offensichtlich die Mehrheit der Volksvertreter im Deutschen Bundestag bis heute nicht begreifen wollen. Oder liegt es am Können? Sie sollten wissen: Unser Stern steht bereits sichtbar am Horizont und sie sollten aufhören, mit ihm zu flunkern.

Bei allen Umtrieben durch Staat und Politik gegen uns als ISOR erkenne ich keinen Grund, sich in Nischen zu bewegen. Aufrecht und in Augenhöhe mit dem politischen Gegner waren für mich bisher bewährte Umgangsformen, die diesen oft unsicher werden ließen. Unsere Vertreterversammlung bestätigte mir diese Auffassung.

Vom Staat BRD wollen wir nicht mehr als das, was uns rechtlich zusteht. Ich stimme Rechtsanwalt Dr. Rainer Rothe zu, der sagte: „Es geht nicht nur um mehr Geld, sondern um soziale Gerechtigkeit!“

In diesem Sinne sind wir dabei und werden unseren sozialen Kampf um Gerechtigkeit erfolgreich mittragen.

Walter Krüger, TIG Güstrow

Zwischenruf

Hat es jemand bemerkt, dieses leichte Zittern unseres Planeten in seiner Umlaufbahn zum Ende des Jahres 2013? Das war in jenem Moment, als eine der wichtigsten Nachrichten dieses noch immer jungen Jahrtausends um die Erde ging.

In einem der Kreml-Gemächer hob sogar Putins Hund den Kopf aus seinem Dämmerzustand und winselte kaum merkelig. Da witterte auch Gospodin Präsident den bedeutungsschwangeren Moment der Zeitgeschichte und wandte sich dem RFT-Fernschreiber, einem Geschenk Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, zu. Ratternd formten sich dort die Buchstaben zur unheilvollen Gewissheit: Der Rostocker Pastor G., verheiratet, zurzeit aber wohnhaft in Berlin, Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, wird nicht zur Winterolympiade nach Sotschi reisen, sondern im Transitbereich (zum Glück nicht des Moskauer Flughafens wie Herr Snowden), sondern in München auf die Rückkunft der deutschen Recken warten. Der Schlag saß. Tagelang wollte der Präsident seinen Kummer in Einsamkeit verarbeiten, aber Hundchen wollte dann doch lieber Gassi gehen. Und deshalb dreht sich die Erde weiter.

Noch zwei wichtige Ereignisse prägten jenen Tag: In China fiel ein Sack Reis um und in Potsdam platzte eine Currywurst. w.k.

Einladung zur nächsten Reise

Noch sind die Erinnerungen an die Jubiläumsreise unserer TIG vom 1. bis 5. Oktober 2013 nach Österreich, in die Schweiz, nach Liechtenstein und Baden-Württemberg wach und füllen die Gespräche, wenn sich die Teilnehmer treffen. Gemeinsames Erleben und Freude, der Gedankenaustausch miteinander über die Alltagsorgen sind nun schon zehn Jahre für die Teilnehmer unserer jährlichen Reisen Kraftquell für Geduld, Ausdauer und Optimismus in unserem Ringen um Rentengerechtigkeit.

Deshalb sind wir schon wieder mit der Vorbereitung einer Reise unserer TIG für den 1. bis 5. Oktober 2014 befasst. Diesmal sind Belgien, die Niederlande und Luxemburg unsere geplanten Ziele. Von einer regional günstig gelegenen Stadt in Belgien aus werden wir Tagesausfahrten in die Hauptstädte der BENE-LUX-Staaten, Brüssel, Amsterdam und Luxemburg unternehmen. In Brüssel und Luxemburg gilt unser Interesse dem Sitz des Europäischen Parlamentes und der EU-Verwaltungsorgane. Wenn alles funktioniert, wird uns ein linker Abgeordneter oder Mitarbeiter durch das EU-Parlament führen und unsere Neugier über seine Tätigkeit befriedigen.

Natürlich kommen die Freunde der Natur, Kultur und Architektur ebenso wieder auf ihre

Kosten, wie die Hobbyhistoriker. Freundliche Stadtführer werden uns in Brüssel und Luxemburg mit Geschichte und Kultur dieser europäischen Metropole bekannt machen. Amsterdam lernen wir per Schiff während einer Grachtenfahrt kennen.

Wie immer laden wir wieder Gäste aus anderen TIG in Berlin und dem Brandenburger Umland zur Teilnahme an dieser Reise ein. Die Mitglieder unserer TIG erhalten wie gewohnt mit der Januar- oder Februarausgabe 2014 von **ISOR aktuell** das Reisefaltblatt mit den erforderlichen Informationen. Interessierte Mitglieder anderer TIG können sich telefonisch unter 030-648 57 52 oder per E-Mail unter wild-ost@t-online.de melden und Auskünfte über Einzelheiten der Reise erhalten.

Manfred Wild, TIG Köpenick

Die AG Recht informiert

Die Sprechstunden der AG Recht werden ab 2014 neu geregelt:

Ab Januar 2014 jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat von 15 bis 17 Uhr nur nach telefonischer Terminvereinbarung. Um Anmeldung unter 030 29784315 wird gebeten.

*

Von Mitglied zu Mitglied

Frühling auf Usedom

Vermiete gemütliche **kleine Fewo** für 2 Pers. Parterre **in Koserow** unweit von Ostsee, Wald und Bäcker **ab 30 €/Ü.**

Tel. 038377 40091

*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Prof. Dr. sc.jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 20.12.2013

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.01.2014

Einstellung im Internet: 07.02.2014

Auslieferung: 13.02.2014

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

Postfach 700423 – 10324 Berlin

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29784315